

# Wahlzettel

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Nr. 14.

Halle, Donnerstag den 17. Januar 1918.

2. Jahrgang.

## Wichtige Abschnitte aus den Friedensverhandlungen.

Am Dienstag nachmittag hat die Kommission zur Beratung der territorialen Fragen ihre vierte Sitzung abgehalten.

Hierbei erklärte Staatssekretär von Rühlmann als

### Antwort der Verbündeten:

Die deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation übermitteln Vorschläge der russischen Delegation betreffend die Entschärfung der Dinge in den von den Zentralmächten besetzten Gebieten Rußlands nachdenklich, doch mit der Ansicht der Verbündeten ab, daß sie in der vorliegenden Form als unannehmbar betrachtet werden müssen. Ohne des Näheren auf die äußere Form dieser Vorschläge eingehen zu wollen, kann doch nicht unbemerkt bleiben, daß sie nicht den Charakter des von den Mittelmächten angebotenen Kompromisses tragen, sondern sich vielmehr als einseitige russische Forderung darstellen, die den Wunsch vermitteln läßt, die berechtigten Ansprüche der Gegenseite in Rechnung zu ziehen.

Trotzdem sind die österreichisch-ungarische und die deutsche Delegation bereit, nochmals, und diesmal formuliert, ihre Anschauungen über die obenbenannten Fragen klar zum Ausdruck zu bringen und noch einen Versuch zu unternehmen, ob das von ihnen angebotene Kompromiß-Angebot auf Verwirklichung hienau.

Über ein Teil des von den Verbündeten bestrittenen Gebietes ist in Artikel 1 des deutschen Entwurfes gethan worden. Diese Materie ist durchörtert, bedarf also keiner weiteren Erörterung. Die Frage nach der Zeit von den Verbündeten bestrittenen Gebietes, die ein ebenso hinhaltendes Leben führen, wäre zeitlich in eine Entscheidung über die Dauer des Friedens mit Rücksicht auf die Berücksichtigung der russischen Demobilisierung, den Zeitpunkt zwischen dem russischen und dem allgemeinen Frieden, den Zeitpunkt des Uebergangsstadiums für die neuen Völker, und endlich das definitive Stadium, in dem die neuen Staaten die volle Ausgestaltung ihrer Staatsorganisation durchzuführen.

Die verbündeten Delegationen nehmen Akt von der Erklärung, daß die russische Regierung aus der Tatsache der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren russischen Kaiserreiches keine Schlinge zieht, die gegenwärtige Regelung der Verhältnisse gegen die russische Republik begründet. In Betracht der russischen Republik anerkennen würden, und daß die alten Grenzen des früheren russischen Kaiserreiches, die Grenzen, die durch Gewalttaten und Verbrechen gegen die Völker gebildet wurden, insbesondere gegen das polnische Volk, zusammen mit dem Jazowitsch verhandelt sind, ebenso davon, daß für die russische Regierung deswegen die Grundvoraussetzung der jetzt geführten Verhandlungen nicht darin besteht, um in irgendeiner Weise das weitere zwangswirtschaftliche Verbleiben der genannten Gebiete im Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen, sondern in der Sicherung der wirklichen Freiheit und Selbstbestimmung der inneren Staatseinteilung und der internationalen Frage besteht.

In diesem Zusammenhang wäre die Frage aufzuwerfen, aus welchem Rechtsweg die gegenwärtige russische Regierung die Berechtigung der russischen Republik, für die Sicherung der wirklichen Freiheit und Selbstbestimmung dieser Gebiete bis zum Abschluß, d. h. unter Umständen bis zur Fortsetzung des Krieges, einzutreten. Wenn die Tatsache, daß die besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren russischen Kaiserreiches gehören, keine rechtliche Verpflichtung der russischen Regierung dieser Gebiete gegen die russische Republik begründet, ist nicht ebenso weiteres erwiesen, worauf die russische Republik ihrerseits ihre Rechte und Pflichten gründet will. Stellt man sich aber, wie die russische Delegation dies tut, auf den Standpunkt, daß die russische Republik ein derartiges Recht besitzt, so ist in der Tat:

Umfang des Territoriums, politische Voraussetzung für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts.

Uebergangsstadium und Form der Willensäußerung

die vier Punkte, über die verhandelt werden muß, Einigkeit zu erzielen.

### Vorschläge der Mittelmächte.

Zu 1. Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht bestehe aus dem nicht nur auf die Fassung der Selbstbestimmungsrechte, aus dem Teil von Nationen ihren Selbstbestimmungsrecht und Absonderung rechtmäßig beschließen. Es ist hierbei keineswegs angenommen, daß die Dispositionen für die Abgrenzung dieser Teile maßgebend sein löst. Ausland, Staaten und Völkern bilden, auch hinsichtlich völkischer Einheiten.

Deutschland und Österreich-Ungarn haben nicht die Pflicht, sich jetzt von ihnen besetzten Gebiete einzuzugewöhnen. Sie beschließen nicht, die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, müssen aber sich und den Völkern der besetzten Gebiete für den Abschluß von Verträgen aller Art freie Hand behalten.

Zu 2. Was die Ausführungen hierzu betrifft, so gehen sie aus dem grundlegenden Unterschied hervor, auf den die verbündeten Delegationen immer wieder hingewiesen haben.

Die russische Delegation hat den Wunsch, solange der Krieg dauert, unannehmlich, jedoch kann angekrebt werden, die Truppen, falls es die militärischen Umstände gestatten, auf diejenige Zahl zurückzuführen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe im Lande unbedingt nötig

ist. Die Bildung einer nationalen Gendarmerie kann angestrebt werden.

Was die Rückfrage der Rücklinie und der während des Krieges exekutierten betrifft, so wird wohlwollende Prüfung von Fall zu Fall angedeutet. Diese Frage kann, da sie nicht von ausschlaggebender politischer Bedeutung ist, einer besonderen Kommission überlassen werden.

Zu 3. Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug und bedarf der weiteren Aufklärung. Es ist aber ohne weiteres anzunehmen, daß mit den fortgeführten Veränderungen des allgemeinen Friedens den gewöhnlichen Verhältnissen der Bevölkerung des Landes immer folgenden Umfange die Mitwirkung auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden soll.

Zu 4. Die verbündeten Delegationen sind grundsätzlich bereit zu erklären, daß ein Votivum auf breiter Grundlage die Beschäftigung über die künftige Zugehörigkeit der Gebiete festzusetzen soll. Eine einseitige Festlegung auf ein Referendum erscheint unzulässig.

Auch das Votum einer auf breiter Grundlage gewählten und ergänzten repräsentativen Körperschaft würde nach Erläuterung der verbündeten Delegationen einengen. Es mag darauf hinzuwirken werden, daß auch die von der Regierung der Verbündeten anerkannten Staatenbildungen innerhalb des ehemaligen russischen Kaiserreiches, wie zum Beispiel der Ukraine und Finnlands, nicht im Wege eines Referendums, sondern durch Beschluß auf ein breiter Grundlage gewählten Nationalversammlungen erfolgen.

Vom dem Wunsch befreit, es neuerdings zu versuchen, so einer Befriedigung mit der russischen Regierung zu gelangen, haben die Verbündeten ebenfalls ihre Bereitwilligkeit, diese weitgehenden Wünsche gemäß, jedoch gleichzeitige Berücksichtigung der berechtigten Interessen, innerhalb dessen eine friedliche Verständigung noch erhoffen können.

Es waren bei der Entscheidung die Grundvoraussetzung von der Mittelmächten nicht durchzuführen, die eigene Verantwortlichkeit nicht in Abhängigkeit zu lassen, solange der unfriedliche Krieg noch fortgeht, als auch von der Intention, einige Völker, die an ihr Gebiet angrenzen, insoweit zu ziehen, einseitig und selbstständig über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, ohne dabei in einen Zustand der Unruhe, des Friedens und der Verwirrung zu geraten. Eine Verständigung zwischen Rußland und den Mittelmächten über die Vorkriegsfragen ist jedoch nur dann möglich, wenn auch Rußland den ersten Willen zeigt, zu einer Vereinbarung gelangen zu wollen und wenn es anstatt des Verlangens, einseitig Diktate aufzustellen, sich bemüht, die Frage auch von der Gegenseite aus zu betrachten und ihnen Lösung zu finden, der allein zu einem friedlichen Ergebnis führen kann.

Nur unter der Voraussetzung solcher Intentionen können die Delegationen der verbündeten Mächte noch an der Hoffnung einer friedlichen Beilegung des Konfliktes festhalten.

Trotz:

Solange die Gesellschaft aus kämpfenden Klassen besteht, solange werde sich die Macht der Regierung auf Kraft beruhen und durch Gewalt ihre Herrschaft behaupten. Er müsse aber auf das kategorische Aneben der Behauptung protestieren, daß seine Regierung jeden anderen Gedanken für unmöglich erkläre. Das, was die Regierung anderer Länder bei den Verhandlungen der russischen Regierung abstoße, sei in Rußland, in der sie von ihrer Macht Gebrauch mache und in der sie sich durch nichts beirren lasse. So hätten er und seine Freunde, als die rumänische Regierung versucht habe, auf russischem Gebiete Gewaltmaßnahmen gegen revolutionäre Soldaten und Arbeiter anzuwenden, von hier aus der Verweigerung der russischen Regierung, den rumänischen Behörden, ein ganzes Gebietsverwaltungsamt und die rumänische Militärmission zu verhalten, und sie hätten die Antwort erhalten, daß dies bereits geschehen sei.

Nachdem Trotski ausgeführt hatte, daß die in der vorliegenden Sitzung vom General Hoffmann betonten zwei Beispiele keineswegs die russische Politik auf dem Gebiet der nationalen Fragen charakterisierten, er:

auf das Schicksal der besetzten Gebiete

zu sprechen und meinte aus den bisherigen Ausführungen der deutschen Vertreter den Schluß ziehen zu können, daß die Entscheidung der Schicksale dieser Gebiete erfolgen solle ohne Rücksicht darauf, ob das eigene Volk bereits imstande sei, die Entscheidung in die eigene Hand zu nehmen. Er möchte demgegenüber der Meinung Ausdruck geben, daß die näherete Ansicht nur die Ansicht der russischen Delegation befürworten kann über die sehr untergeordnete Rolle, die die Rechtsphilosophie in der Frage der Entscheidung des Schicksals von Völkern spiele.

Was die Form des Verhandlungsanlage, so halte es die russische Delegation für notwendig, gerade diejenigen Punkte in den Vordergrund zu stellen, die den Gedanken von Meinungsverständlichkeiten bilden und dies mit aller genügenden Entschiedenheit, weil nur in diesem Falle eine gerechte Lösung gefunden werden könne.

Der vorliegende deutsche Vorschlag habe verlangt, aus welchen Quellen die russische Delegation die Berechtigung beziehe, sich für das Schicksal der besetzten Länder zu interessieren, da sie erklärt habe, daß deren frühere Zugehörigkeit zu Rußland ihnen keine rechtliche Verpflichtung gegenüber Rußland auferlege, aber sein Recht, sich für das Schicksal der Gebiete zu interessieren, habe der Herr Staatssekretär nicht aus der neuen Tatsache der Beilegung hergeleitet, sondern aus dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker, welches er allerdings etwas restriktiv interpretiert. Dieses Prinzip gelte aber nicht weniger für die russische Delegation und begründe hinsichtlich ihrer Interesse an dem Schicksal

derjenigen Völker, deren Ausschließung aus dem Bereiche des früheren russischen Kaiserreiches sie nicht verheiden. Herr Trotski schloß mit der Bemerkung, daß sich die russische Delegation selbstverständlich das Recht vorbehalten, eine genaue Klärung abzugeben über den Charakter der Erklärungen, die heute vorgelesen werden seien.

Staatssekretär v. Rühlmann:

Was die Rede des Herrn Generals Hoffmann betrifft, möchte ich zunächst auf die für den Herrn General Hoffmann ausdrücklich das Recht vorbehalten, auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

Die staatsrechtliche Zuständigkeit des Deutschen Reiches hat der Herr Vorredner mit der genauen Kenntnis internationaler Verhältnisse, die er besitzt, vollkommen richtig charakterisiert. Der Herr Staatssekretär, der einige verantwortliche Reichsminister, erteilt auf dem gesamten Gebiete der auswärtigen Politik die für seine Organe maßgebenden Instruktionen. Abgesehen ist es aber der engen politischen Verbundenheit, in der ich mich mit dem Herrn General Hoffmann befinde, vollkommen selbstverständlich, daß auch in unseren Aufstellungen, die in Artikel 1 des Entwurfes enthalten sind, auf die staatsrechtliche Auffassung und der der russischen Delegation ist, daß wir in der Sache die für den vorliegenden Fall aufbauen, daß wir ohne Bruch und gewalttätigen Uebergang in jenen Gegenden ein geordnetes Staatsleben entstehen lassen wollen, und daß wir es ablehnen, aus reiner Ablehnung gegen die Theorie erst einen theoretischen Raum zu schaffen und in einer bloßen, nichtigen, beschränkten Weise in diesem luftleeren Raum den Staat sich bilden lassen. Ueberhaupt hat mich die geringfügige Bewertung der Verhältnisse des obersten amerikanischen Staatsorgans durch Herrn Trotski.

Im Ubrigen nehme ich aber mit Befriedigung Kenntnis von dem Gemachten der Ausführungen des Herrn Vorredners, daß er keine Delegation nunmehr geschlossen hat, in die wirkliche Diskussion und Klärung der Einzelheiten des an-zurechnenden Auflassungen eintritt. Dabin ist mein Bestreben von der ersten Stunde unserer Arbeiten an gegangen.

Ich möchte hier nur, um an die weitere von der russischen Delegation vorgeschlagenen Arbeitsmethode zu halten, um über die vier Punkte, wie sie in meiner Antwort aufgenommen worden sind, nur wirklich in die Detaildiskussion einzutreten. Ich hoffe, daß wir dann in wenigen Tagen so weit sind, mit voller Klarheit und in dem vollen Geiste der Verantwortlichkeit zu sagen, ob die Schwierigkeiten überstanden werden können oder der hier gemachte Versuch aufgegeben werden muß.

Trotz:

Seines Erachtens könne man jetzt zu der Beratung der beiden Antworten, die vorgelegt worden seien, übergehen. Er müsse jedoch nochmals betonen, daß er in der Frage der Zurückziehung der Truppen in keiner Weise der Ansicht des deutschen Vorlesenden beitreten könne, daß angeblich die Entfernung der Besatzungstruppen hinter sich einen leeren Raum zurücklassen würde. Diejenigen Völker, die das Gebiet Polens, Litauens und Rußlands besetzen, würden in keiner Weise in einer politisch legitimierten Lage sich befinden, wenn die Besatzungstruppen sich selbst überlassen zu läßen. Inwiefern es sich um technische Schwierigkeiten handelt, wie das Fehlen einer eigenen Eisenbahn, Post usw., so könne man in solchen Fragen stets zu einer Einigung gelangen auch ohne Kontrolle von Besatzungstruppen.

Staatssekretär v. Rühlmann

wies demgegenüber darauf hin, daß neben den technischen Gründen auch die Gründe der Sicherheit, die in dem verlesenen Text angeführt worden seien, in den betreffenden Gegenden eine sehr wichtige Rolle spielen.

Sobald beantragte Herr v. Rühlmann, nunmehr über die von der russischen Delegation selbst vorgeschlagenen vier Punkte in der von ihr angeregten Ordnung in eine geschäftsmäßige Verhandlung einzutreten.

Nachdem sich Herr Trotski diesem Vorschlag anschließen konnte, wurde die Sitzung beendet und die nächste Sitzung für den folgenden Tag 11 Uhr vormittags anberaumt.

Fortsetzung der Verhandlungen am 15. Januar.

Nachdem Punkt 1 der Vorschläge, betr. den Umfang des Territoriums, vorläufig zurückgestellt worden war, regte Trotski an, nunmehr

Berichter der besetzten Gebiete

zu den Verhandlungen zuqualifizieren. Herr v. Rühlmann erklärte sich hierzu unter der schon früher festgelegten Voraussetzung bereit, daß das Ergebnis dieser Berichte in drei Teilen aus sich von der russischen Delegation dahin aufgeführt werden, daß die Staatsverwaltung dieser Gebiete durch die Zustimmung der Verbündeten auf russischerseits wenigstens präliminär anerkannt werde.

Herr Trotski erklärte sich außerstande, auf die vom Vorredner als notwendig betrachtete Voraussetzung einzugehen, da er nicht anerkennen könne, daß diese Berichte den Willen der gesamten Bevölkerung dieser Länder zum Ausdruck bringen könnten.

Staatssekretär v. Rühlmann

stellte hierauf fest, daß die abweichenden Ansichten der verbündeten Parteien über die Frage, welche Bedeutung den Gebieten in den besetzten Gebieten bestehenden Verhältnissen

Körper zukunfts, sich auch durch einseitige Dispositionen an einer mittleren Basis nicht hätten vereinigen lassen, indem er hinzuzufügen, daß dieser Umstand an sich nicht notwendigerweise zum Scheitern der Verhandlungen führen würde, da ja die verbindlichen Delegationen sich von Anfang an auf den Hauptpunkt geeicht hätten, eine definitive Vollstundgebung auf breiter Basis in Aussicht zu nehmen. Gelänge es, über die Bedingungen dieser Vollstundgebung auf breiter Basis Übereinstimmung zu erzielen, so würden die Meinungsverschiedenheiten darüber, ob diese Vollstundgebungen als konstituierende oder konstituierende anzusehen seien, immer noch nicht als Scheitern der Verhandlungen mit seinen weitreichenden Folgen nicht zu berücksichtigen sein.

Trotz: Es komme dem Welen nach in der Hauptfrage darauf an, die Unabhängigkeit und Freiheit der Willensäußerung des betreffenden Volkes zu gewährleisten, und zur Sicherung der Beibehaltung dieser Willensäußerung sei es notwendig, daß man einen konstituierenden, jedoch einen konstituierenden Charakter erhalte.

### Die Räumungsfrage.

Bei der Erörterung des vom Staatssekretär v. Kühlmann gemachten Vorschlags, für die Räumungsfrage der entsprechenden Bestimmungen in den letzten Gebieten den Zeitraum zwischen dem Ablauf des Friedens mit Rußland und höchstens einem Jahre nach dem allgemeinen Friedensschluß einzulegen, schmit Herr Trostl sofort die Räumungsfrage an. Er führte aus, daß keine genügenden Gründe vorlägen, das Gebiet der fraglichen Gebiete mit dem Verlauf und weiteren Gang des Krieges zu verknüpfen.

### Staatssekretär v. Kühlmann:

Er müße es als ausgeschlossen bezeichnen, für die Räumung der in Artikel II des deutsch-österreichischen Kriegsvertrages angeführten Gebiete einen Zeitraum von sechs bis zu fünf Jahren zu bestimmen. Er würde sich für einen Zeitraum von sechs bis zu fünf Jahren für eine weitere Sicherung, als in Artikel I vorgesehen, konnten keinesfalls der Verbindungen, solange der allgemeine Krieg dauere, unmöglich ausgegeben werden.

Staatssekretär v. Kühlmann stellte weiter fest, daß zwischen dem Parteien Übereinstimmung herrsche, in dem Augenblick, in dem die Besetzung des Krieges geschlossenen Zuständen ein Ende zu machen, wiederholt aber, daß es aus den dargelegten Gründen unntunlich sei, die militärischen Sicherungen vorzeitig zu lösen. Nach einer Erwiderung des Vorstehenden der russischen Delegation wurde die Sitzung auf nachmittags 5 Uhr vertagt.

### Die Nachmittags-Sitzung.

wurde vom Staatssekretär v. Kühlmann mit folgenden Ausführungen eröffnet:

## Die „unverständliche“ Politik der Bolschewisten.

Zu diesem auch für die Leipziger Arbeiter recht interessanten Thema schreibt ein russischer Genosse u. a.: „Da die Bolschewisten eine sehr große Zahl der russischen Sozialisten haben, gar wenig Respekt vor dem Talentsglanz der weltlichen „Demokraten“. Das russische Volk hat sich nicht deshalb der Fesseln des Axioms entledigt, um sich nunmehr von bürgerlichen Demagogen nachführen und verführerische Selbsttäuschung zu lassen, die mit dem wahren demokratischen Prinzip der Demokratie, anstößt, um den wahren Charakter ihrer politischen Tätigkeit zu verfeinern. Vor einigen Jahren veröffentlichte die „Pramantei ein Verzeichnis derjenigen Parlamentarier, die an großen Finanz- und Industrieunternehmungen beteiligt sind oder im Solche solcher Unternehmungen stehen. Aus der circa 300 Namen umfassenden Liste geht hervor, daß die meisten der jetztigen „Präsidenten“ von Czar und der ehemalige Kriegsminister Willeran waren die juristischen Feinde eines großen Gebietsbesitzes, daß dessen Spekulationen feinerzeit — im Jahre 1912 — eine Wobertierung in Frankreich eintrat. Delcasse nur Verwaltungsmittel der berühmten „Internationale“, die er nicht nur in dem Sinne einer der Banken, die dem vorerwähnten Spindeln angehört ufo. Der ungeheure Einfluß des organisierten Kapitals auf die Politik der französischen Republik ist unbestreitbar und Cugignard, ein überzeugter Anhänger der Demokratie konstatiert, er trägt in seinem Prozess die Demokratie. Die Finanzgiganten, die die ungeheure Macht besitzen, sind unbeschäftigt unter dem Vorzeichen des „Schalters der Werte die Fäden leiten, die die gleichgeordneten Kammern, die Geschäftsstellen und Redaktionsräume in Bewegung bringen.“ Das gleiche behauptet der genäht tabifale Prof. Boullier in seinem Werk „La Démocratie politique et sociale en France“.

Es ist begreiflich, daß die russischen Sozialisten und Industriellen vor sich beritten, daß sie nicht den gleichen Einfluß auf die Geschichte ausüben vermögen. Das ist aber durchaus nicht die Sorge der russischen revolutionären Demokratie. Sie wollen nicht die gleiche Korruption im eigenen Land herbeiführen, sondern sie verbüßen. Sie suchen die „Rachos in dem bergischen französischen Revolution“, die Diener des Weltkriegs sind.“

Die Bolschewisten haben die „Freiheit“ in den Weststaaten auf eigenen Leuten kennen gelernt. Trotz ist noch während des Krieges aus Frankreich ausgewiesen worden. Ichidicherin ist erst jetzt mit Rot und Würde den englischen Gefangenen entkommen. Die russische kommunistische Arbeiterbewegung in London überfiel am 28. November 1916 eine Anzahl Leutnants mit 50 Soldaten in Uniform, vernichtete alle Räume, raubte die Geldtröschchen, Uhren, Ringe und sonstige Wertgegenstände, schleppte die Dokumente und Papiere des Kubis fort und durchsuchte alle Anwesenheiten mit empörender Wut. Die Zeitung der russischen revolutionären Arbeiterbewegung in London, die „Proletariat“, wurde in London, welche in Rußland die anarchistische Partei passiert hatten. Ein Sonett zu ihren Gunsten wurde der russischen Kolonie im Winter 1916 besprochen; zur Begründung berief man sich ferner auf ein Gesetz vom Jahre 1849, nach dem „berühmte Zusammenstöße“ verboten seien.

Das genug der Beispiele. Die russische illegale Presse war überaus von ihnen. Aus diesen Erfahrungen haben die Bolschewisten gelernt, daß sie vor allem den trügerischen Schein einer vorgekauften oder eingebildeten Demokratie vermeiden müssen, wenn sie nicht wieder die Opfer der Bolschewisten werden sollen. Die Bolschewisten haben eine tiefe Abneigung gegen den Sandfriedens, was dem Rußland durch die unbrüderliche Politik der Entente getrieben wird. Sie fürchten, daß der Friede nicht nach ihren Wünschen ausfällt. Dieser Feind der Freiheit, dieser Fortschritt des Rußlands in den kommenden Jahren, die hinter der Front nur als ein Mittel zu einem anderen Zweck, die Bolschewisten gegen die Russen werden müssen, um endlich einmal zum Frieden zu gelangen? Die Bolschewisten werden sich hüten, dem russischen Volk vorzutreiben, daß es für Willkür und Abneigung weierworts müße; sie würden sich von dem Bolschewisten hängen lassen.

Ein neues Völkerverständnis eine neue Internationale werden Wirklichkeit werden, wenn der unverständliche Nationalismus in allen Ländern regiert. Der Kampf dafür kann man aber nur im Frieden ungenügend und mit Erfolg ausführen, nicht mit dem Kriegescharakter der Entente „Demokraten“. Das haben die Bolschewisten begriffen, und an dieser Politik werden sie hoffentlich festhalten.

R. G. B. Rom.

## Russische Pressefreiheit.

Während in Petersburg eine bürgerliche und rechtssozialistische Wälder erweisen, ist die Moskauer Presse freier einigen Wochen nach der russischen Revolution. Ein recht streiften „Botschafter“ in Moskau, vom 8. 21. Dezember mit die Gründe dafür mit. Sie enthält die Bekanntmachung

Meine Herren! Wir haben heute morgen die Bekräftigung des Zeitraums zu Ende geführt und mit Beobachtungen konstatieren müssen, daß auf der Gegenseite, obgleich die von uns angeführten Gründe vollkommen durchschlagender Natur waren, keine Gesinnung festzustellen ist, daß ein Ausweg in gegenwärtiger Lage einzutreten. Wir wollen daher den weiteren Verlauf der Verhandlungen dem Gebiete betrachten wird. Die verbindlichen Delegationen sind von vollkommen aufrichtigen Absichten geleitet, für die Räumungsfrage, bzw. nach der Möglichkeit des Weges von absoluter politischer Freiheit herzuhalten, welches mit den Umständen verträglich ist. Dies ist, wie sich aus dem Text der Gode ergibt, zum größten Teil eine literarische Frage, die sich im Hinblick auf die Bedürfnisse der Diktatur über die Frage laufen kann, ob durch militärische Notwendigkeiten gezwungen, über welche hinaus wir nicht gehen können. Die beiden Gesichtspunkte, innerhalb deren diskutiert werden kann, sind folgende: Eine gewisse Zahl bewaffneter und disziplinierter Einzelkräfte ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendig. Ein Teil militärisch organisierter Kräfte ist notwendig, um den ökonomischen Betrieb des Landes im Gange zu halten. Es wird von unserer Seite in bindender Form die Zusage gegeben werden, daß diese organisierten Kräfte in dem Gebiet, um das es sich handelt, in keiner Weise sich politisch betätigen und keinen politischen Organismus bilden dürfen. Aus diesen Bedingungen heraus vertreten wir unbedingt die These, daß die Gegenwart dieser Kräfte der Freiheit der Räumung in keiner Weise abträglich sein kann, und deshalb ist von unserer Seite die Zusage einer vollkommen freien Räumung keineswegs beeinträchtigt.

### die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts

erfolgen soll. Die Hauptfrage bei der Beantwortung dieses Fragenkomplexes wird die sein, inwiefern die Freiheit der Willensäußerung beim der Wahl zu der ausführenden Gewalt eine Lösung der gegenwärtigen Lage in den verschiedenen Gebieten betriehtigt wird. Die verbindlichen Delegationen sind von vollkommen aufrichtigen Absichten geleitet, für die Räumungsfrage, bzw. nach der Möglichkeit des Weges von absoluter politischer Freiheit herzuhalten, welches mit den Umständen verträglich ist. Dies ist, wie sich aus dem Text der Gode ergibt, zum größten Teil eine literarische Frage, die sich im Hinblick auf die Bedürfnisse der Diktatur über die Frage laufen kann, ob durch militärische Notwendigkeiten gezwungen, über welche hinaus wir nicht gehen können. Die beiden Gesichtspunkte, innerhalb deren diskutiert werden kann, sind folgende: Eine gewisse Zahl bewaffneter und disziplinierter Einzelkräfte ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendig. Ein Teil militärisch organisierter Kräfte ist notwendig, um den ökonomischen Betrieb des Landes im Gange zu halten. Es wird von unserer Seite in bindender Form die Zusage gegeben werden, daß diese organisierten Kräfte in dem Gebiet, um das es sich handelt, in keiner Weise sich politisch betätigen und keinen politischen Organismus bilden dürfen. Aus diesen Bedingungen heraus vertreten wir unbedingt die These, daß die Gegenwart dieser Kräfte der Freiheit der Räumung in keiner Weise abträglich sein kann, und deshalb ist von unserer Seite die Zusage einer vollkommen freien Räumung keineswegs beeinträchtigt.

Trostl betont, er müsse sich erst über die Räumungsfrage völlige Klarheit verschaffen.

### Staatssekretär v. Kühlmann:

Er könne keine Gewähr dafür übernehmen, daß in nächster Zeit der Zeitraum der Räumung in der Tat in ein praktisches in Frage komme, militärische Erwägungen eine zeitweilige Räumung des Gebietes möglich erscheinen lassen würden. Es sei für jeden Fall,

der Verhängung des Kriegszustandes über Moskau, die Verordnungen über die Errichtung eines Revolutionsgerichtes, ein „Dekret über die Presse“ und eine Verordnung über die Kriegsregeln. Im Anschluß daran veröffentlichte das Blatt folgende Erklärung:

Die unten genannten Zeitungen erklären, daß sie nicht in der Lage sind, sich den Verleuten über die Presse zu unterwerfen, die das Präsidium des Moskauer Arbeiter- und Soldatenrates am 2. Dezember veröffentlicht hat und daß sie ihr Material der Kriegsregeln nicht vorlegen werden.

Wladimirka, Nowoi, Mosk, Moskwa, Wremja, Gostaja Drug, Semlja i Wolja, Russkiy Praxod, Koslowski Sibir, Kanaje Uiro, Ruskiye Wjedomosti, Ruskoje Slowo, Trudowaja Rospekta, Trud, Uiro Rossi.

Die Frankfurter Zeitung bemerkt hierzu: Vermutlich erscheint in Moskau, da die Erklärung auch von sozialistischen Wäldern unterzeichnet ist, nur das amtliche Organ des Präsidents, die „Ruskoje Wremja“, die die Erklärung veröffentlicht hat. Die Redaktion der Zeitung erklärt, daß die in der Erklärung erwähnten Verordnungen, die die Pressefreiheit, die Freiheit der Meinungsäußerung, die Freiheit der Versammlung und die Freiheit der Vereinigung betreffen, nicht unterworfen werden, gesammelt beizugehen. In Petersburg sind, soweit sich aus vorigen Blättern ergeben hat, die Druckereien der „Vremja“ und der „Ruskoje Wremja“ ebenfalls von der Zensur befreit. Die Zeitung der Sozialisten erklärt, daß die in der Erklärung erwähnten Verordnungen, die die Pressefreiheit, die Freiheit der Meinungsäußerung, die Freiheit der Versammlung und die Freiheit der Vereinigung betreffen, nicht unterworfen werden, gesammelt beizugehen. In Petersburg sind, soweit sich aus vorigen Blättern ergeben hat, die Druckereien der „Vremja“ und der „Ruskoje Wremja“ ebenfalls von der Zensur befreit. Die Zeitung der Sozialisten erklärt, daß die in der Erklärung erwähnten Verordnungen, die die Pressefreiheit, die Freiheit der Meinungsäußerung, die Freiheit der Versammlung und die Freiheit der Vereinigung betreffen, nicht unterworfen werden, gesammelt beizugehen.

## Die Südafrikaner gegen Lloyd George.

Aus Kapstadt wird der Morningpost gemeldet, daß die große Mehrzahl der Blätter der südafrikanischen Union sich abfällig über die jüngste Rede Lloyd Georges bezüglich seiner Ausführungen über Südafrika und die anderen englischen Kolonien äußert. Ein nationales Blatt bezeichnet Lloyd Georges Ausführungen über das Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen in den deutschen Kolonien als den humorigsten Teil einer im übrigen toden Rede.

## Englands Raub der deutschen überseeischen Phosphatlager.

Man schreibt der Deutschen Orient-Korrespondenz: Unsere Kolonie Deutsch-Neu-Guinea besitzt bekanntlich sehr wertvolle Phosphatlager, die nach allgemeinem Urteil für die besten des Weltteils gelten. Sie sind für unsere landwirtschaftliche Bewirtschaftung von großer Bedeutung, weil die Phosphate eine unentbehrliche Ergänzung der Kali- und Stickstoffdüngungen bilden. Ein Teil dieses Rohstoffes muß aus dem Ausland eingeführt werden, als Bezugswaren kamen früher fast nur aus dem Frankreich und Amerika in Betracht. Eine weitere Erschließung der Phosphatlager in Neu-Guinea war also für uns völkswirtschaftlich von großer Bedeutung, weil sie uns vom Ausland unabhängig machte. Die Ausbeute der Lager liegt von Jahr zu Jahr beträchtlich zu. Nach der letzten Schätzung des Reichsanlagenteam hat die Förderung innerhalb eines Jahres um rund 80 000 Tonnen. Zwei große Gesellschaften, die Pacific Phosphate Company und die Deutsche Güterphosphat-Aktiengesellschaft, in deren Händen die Ausbeute lag, führten die Phosphate aus, wobei etwa ein Drittel nach Deutschland ging, während Australien ein weiteres Drittel übernahm.

Diese wertvolle Beihilfe selbstherrlich nach vorne eines der englischen Krieges. Jetzt kommen Nachrichten aus England, aus denen hervorgeht, daß die Regierung bereits über die deutschen Phosphatlager ausgenutzt englischer Interessenten verfügt hat. Von beiden deutschen Gesellschaften erwarben einzelne Aktien Firmen von Vorarbeit der britischen Regierung einen großen Teil des Aktienbesitzes.

Soeben erst hat die deutsche Kolonialverwaltung durch Bestellung eines Gouverneurs für Neu-Guinea ihren unerschütterlichen Einfluß kundgegeben, unter seinen Umständen auf unsere Südbesitz zu verzichten.

## Friedensausichten und Kriegspresse.

Man schreibt der Deutschen Orient-Korrespondenz: Während in Deutschland die stillen Friedensausichten noch keinen führenden Einfluß auf die hohen Kriegspresse für Bedenken auslösen, ist in den westlichen Staaten die Stimmung auf den russischen Kriegspresse ein ganz außerordentliches Maßnahme in fast allen Bedenkenmittelpunkten zu beobachten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Krieg in der Türkei zu einer Preissteigerung geführt hat, wie in keinem anderen Lande. Es haben sich über die wichtigsten Bedenkenmittel aus dem Zeitmittelbar vor Kriegsbeginn amliche Zahlen zur Verfügung

hat selbst bei Einrichtung einer nationalen Eisenbahn, zu der die Verbindungen durchaus bereit seien, der Gebietsdienst in vielen weiten und unfruchtbaren Gebieten innerhalb des Reichs, in der die Räumung herbeigeführt werden müße, nicht zu vollziehen zu regeln ist, daß auf die militärische Leistung der Ordnung ganz verzichtet werden könnte. Das Gesamtprogramm der Verbindungen ist in jeder Hinsicht durch die militärischen Notwendigkeiten aufgestellt und zu seiner Durchführung durch Disziplin in einzelnen Jahren die Verbindungen bereit. Es würde sich darum handeln, ab nach Ende des Jahres Fortschreiten der russischen Delegation innerhalb des von den Verbindungen hergeleiteten Programms eine Räumung ohne Zeit anzuheben, d. h., ob bei Gegenwart dieser bereits reduzierten geringen organisierten Kräfte die Räumung oder die Möglichkeit als jetzt von militärischem Druck bedrängt werden könne oder nicht.

### Trostl

erklärte, er warte jetzt nicht diese Frage in einer Geste beantwortet, die für die Verhandlungen von praktischer politischer Bedeutung sein würde, und es sei einleuchtend, daß die Aufstellung aller übrigen, herber gebirgen Fragen neben derjenigen von der Räumung der Truppen erst ein annehmbares Bild darüber werde schaffen können, unter welchen Bedingungen die erwähnte Räumung vollzogen müße. Zunächst müße er sich auf die Frage beziehen, ob die russischen Kräfte nach der Räumung in ihrer Heimat zurückgeführt seien. Die in dem von den überseeischen-ungehörigen und britischen Delegationen überreichten Schriftstücke vorgelegene Formulierung erscheine ihm zu einseitig.

### Staatssekretär v. Kühlmann

erklärte, daß grundsätzlich Mühlhänge bereit sein sollten, in ihre Heimat zurückzuführen, es sei aber eine Aufgabe der Bewaltungsbehörden, festzulegen, ob und welche Ausnahmen von dieser allgemeinen Regel zu statuten wären. Er bitte den Vorredner, ihm zur Erleichterung des Ueberblicks das der russischen Regierung herüber vorliegende Material zugänglich zu machen, wozu sich Herr Trostl bereit erklärte.

Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

die eine Verlopfung der enorm gekriegenen und sich jetzt plötzlich schnell tendenden Kriegspresse ermöglichen. Nachstehend geben wir von einer Reihe wichtiger Erkenntnisse den Reichsland vor Kriegsbeginn, ein Verzeichnis der wichtigsten Ereignisse, die in der Zeit der Räumung in der Presse gedruckt in dieser gleich 18 81.

Wort	2/3 bis 3	250	140
Weiße Bohnen	2/3	110	50
Ordnung	6	180	90
Rübenfleisch	1/4	40	20
Weiße Bohnen	1/4	70	30
Erbsen	1/2	64	32
Wunderl	1/4	36	20
Butter	12	200	150
Schmalz	4	160	120
Keis	3/8	4	130
Hammelfleisch	6	6	85
Wurstfleisch	6	6	60
Schmalzfleisch	6	6	120
eine Gans	2	26	180

Die gegenwärtigen unter dem Einfluß der Preissteigerungen stehenden Preise sind also immer noch etwa einmal höher als vor dem Krieg. Auch die Brennmaterialien halten eine schwindende Höhe erstickt und sind jetzt trotz des ungewöhnlich fröhlichen Winters um eines ein Drittel gefallen. Die ständige Kriegspresse neuerdings mit richtiger Stärke gegen den Hungerhandel in jeder Form vor; schädliche werden nur ein Kriegspresse geteilt und mit härtesten Strafen belegt.

## Die Gaillaux-Wälder.

Am 18. Januar. Giornale d'Italia schreibt: Das Geheimnis, das Gaillaux seit 1914 in Florenz unter dem Namen „Madame Renouard“, dem Namen seiner Frau, behalt, ist letzte Woche geoffnet worden. Es enthält 11 Schmutzungen im Wert von ungefähr einer halben Million, 21 raffig, englische und portugiesische Staatspapiere im Wert von anderthalb Millionen und 8 politische Aktenmappen.

Die erste Skizze enthält unter dem Titel „Meine Abrechnung“ Briefe, die zwischen Gaillaux und einigen Zürcher Persönlichkeiten gewechselt sind, die ihn dringend um Geld und Hilfe bitten, um nach Frankreich gehen zu können. Gaillaux ließ daraufhin ab. Die zweite Aktenmappe enthält Briefe mehrerer französischer Zeitungsjournalisten, besonders Brabant. In allen Briefen wird Gaillaux seine Abrechnung auf hallohenge Politiker oder Zeitungsjournalisten oder auf hallohenge Angehörige. Die dritte Aktenmappe ist die umfangreiche, wichtige und eindrucksvolle. Sie ist in zwei Teile geteilt und enthält ein ausführliches und merkwürdiges politisches Programm, das vor Gaillaux aufgeführt und unterschrieben ist und das in Frankreich veröffentlicht werden sollte, wenn er, wie er sollte, zum Ministerpräsidenten ernannt werden müße.

Dieses Programm würde in Wirklichkeit ein Mittel gegen den Elend berechnen. Es wäre eine wirkliche Umwälzung der französischen politischen Einrichtungen, eine Umwälzung und Umgestaltung der öffentlichen Gewalten und Komter.

Gaillaux gibt die Namen der Deputierten, Senatoren und Generale an, die er als seine Mitarbeiter zur Verwirklichung seines Programms in sein Ministerium berufen haben würde. Gaillaux würde die Verlegung Polinaires und oder sonstigen, die die öffentlichen Angelegenheiten Frankreichs in jener letzten Zeit leiteten, mit Einbruch Brändes organort haben. Dieses Programm ist die Schaffung neuer Staatsorgane oder, wobei der gesamte militärische Oberbefehl an der Front dem General Serrail anvertraut und nach Paris zum Gegenübertritt aus politischen Gründen angetreten, berufen werden sollten, mit ihren Generalen, die als Militär als seine treuesten Freunde betrachte. Er hätte dann durch die Kommandos des Projekts abgelehnt lassen, das Gaillaux den „Rubicon“ nannte und das ihm die absolute Gewalt gab. Es handelte sich um einen wirklichen Staatsstreich. Kammer und Senat wurden aufgelöst worden sein. Gleichzeitig hätte Frankreich die wärdige Kriegspresse zu machen gehabt, um irgendeinen Sieg an der Front zu einem diplomatischen Erfolg benutzbar zu machen, um im Gegenzug einen einen Staatsstreich zu verhindern und den Friedensvertrag unterzeichnet zu können.

Die neue Regierungsform in Frankreich würde im wesentlichen von der gegenwärtigen Regierungsform verschieden werden, wenn auch die republikanische Staatsform geändert worden wäre. Die neue Regierungsform hätte den Senat mehr beizugewandt als gegenwärtig und die Kammer würde durch einen neuen Senat beizugewandt. Im übrigen wäre der Staat beibehalten worden mit Staatsbürgerschaft und den Friedensvertrag unterzeichnet zu können.

Dieser phantastische Plan Gaillaux' war voll von Einzelheiten über die Zusammenlegung des neuen Ministeriums, über die Militärregierung von Paris, besonders wärdend der Regierungsorganisation und über die diplomatischen Vertreter Frankreichs in auswärtigen Ländern, die Kammer hätte worden, was ein sehr interessantes Bild des Mannes zeigt, der als Ministerpräsident ernannt worden. Der frühere Minister Rogues war zum Botschafter in Rom ernannt worden.

Die Nachfragen sind im Auftrag der Unterministerien der französischen Justizbehörden allein durch die italienischen Behörden vorgenommen worden.

Paris, 18. Januar. (Kontin.) Combs, der in die Angelegenheiten Gaillaux verwickelt ist, ist Dienstag abend im Zimmer des Polit-





## Gewerkschaftliches.

### Gegen Papiermangel und Papiermangel

Nach am Sonntag mit einer hart bedingten Veranlassung der graphischen Arbeitervereine Dresden Stellung, die dem Graphischen Kartell Dresden, bestehend aus den örtlichen Mitgliedschaften der Verbände der Buchdrucker, Lithographen und Steindrucker, Buchbinder und Druckerzylinderarbeiter, nach dem Vorschlag einberufen worden war. Nach einem Referat des Generalsekretärs der Buchdrucker, und nach einer kurzen Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, die die Veranlassung bereit einlegt gegen die mangelhafte Papiererzeugung des gesamten graphischen Gewerbes und gegen den Papiermangel. Eine weitere Eingriffung der Druckerzylinderarbeiter wurde nicht zur Tageszeit beabsichtigt, sondern sie besonders auch das gesamte graphische Gewerbe schwer schädigen und die Entlohnung weiterer Betriebe zur Folge haben. Auch das Aufsehen der Papiermangel vom 3. Januar 1918 ist eine Schmelzung vieler Betriebe der Papiererzeugungsindustrie bedingt. Daher ist für die geschädigten Betriebe ein vollständiger Verbot notwendig. Der Vorstand des Graphischen Kartells will sogleich beauftragt, in einer Eingabe an den Reichstagsrat zu verlangen, daß dem fortwährenden und stetig steigenden Papiermangel von den dazu berufenen Gewerkschaften als bisher entgegengetrieben wird. Zur Abklärung der Schmelzung des graphischen Gewerbes durch die mangelhafte Roh- und Sichterzeugung soll der Vorstand bei der Stadtverwaltung vorstellig werden.

## Soziales.

### Die Kriegsbefähigten-Organisationen.

Als sich nach dem Ausbruch des furchtbaren Weltkrieges die Kriegsbefähigten an Menschen mehren, und die Zahl der Kriegsbefähigten steigt, so waren es in den ersten Jahren des Krieges sich selbst überlassen. Im weiteren Verlauf der Jahre traten Kriegsbefähigten dazu, sich zusammenzuschließen, um ihre Interessen gemeinschaftlich zu vertreten. Man gründete dabei Arbeitsgruppen. Nach deren Gründung fanden sich auch einige Kreise aus dem Interessententum, die sich der Sache zu widmen suchten, um diese neuen

Kollegenorganisationen für ihre Interessen dienlich zu machen. So kam es auch in den Wintermonaten 1917 zur Gründung des Offener Verbandes. Diese Vereinigung, an deren Spitze Herr Hofor, hat es sich angeeignet sein lassen, die Mitglieder dem Interessententum in die Hände zu geben.

Daraufhin wurde eine Gewerkschaftsorganisation gegründet, die ihren Sitz in Berlin hat und als „Bund der Kriegsbefähigten“ bezeichnet wird. Die Wahrung der gemeinsamen Interessen der Kriegsbefähigten und Kriegsteilnehmer durch diese ist ihr Gegenstand der Tätigkeit. Die Organisation ist im wirtschaftlichen, Pflege der Kameradschaft und der Solidarität. Der Bund ist parteipolitisch und religiös neutral. Insbesondere fordert der Bund: Wichtige materielle Sicherstellung der Kriegsbefähigten. Reform des gesamten Militärrentenwesens, sowie sozialpolitischer Schutzgesetzgebung für die wirtschaftlich noch tätigen Kriegsbefähigten, völlige Gleichstellung der Kriegsteilnehmer hinsichtlich ihrer staatsbürgerlichen Rechte mit allen anderen Teilen der Bevölkerung, Umbildung des Gesetzes in ein wichtiges Volksrecht. Eine Politik, die der Entstehung künftiger Kriege vorbeugt.

Als nun der „Bund der Kriegsbefähigten“ und ehemaligen Kriegsteilnehmer eine Massenpetition für die Erhöhung der Kriegsbefähigten an den Reichstag einreichte, so war es der Offener Verband, dessen Vorsitzender, Herr Hofor, in seinem Verbandsgremium eine Erklärung gegen untere Einsache losließ, in der es nicht nur die Kampfbefähigung, sondern darüber hinaus die baldige Erhöhung der Kriegsbefähigtenrenten für unzulässig erklärte. Unsere Forderung auf sofortige erhebliche Veranschaulichung der Renten bezeichnet Herr Hofor als „an sich genau so erklärlich und herkömmlich nicht zutreffend, hat der Offener Verband noch eine Kritik an der Unterzeichnung unserer Petition gemacht.“

So sieht also die Kampfbefähigung und die Interessenvertretung des Offener Verbandes aus! Wie jetzt heute der „Bund der Kriegsbefähigten“ in Leipzig noch seinen Fuß fassen können. Allen Kriegsbefähigten, die sich einer Organisation anschließen wollen, wäre zu raten, nur dem „Bund der Kriegsbefähigten“ und ehemaligen Kriegsteilnehmer in Berlin beizutreten. Diese Organisation ist es, die die Interessen

der Kriegsbefähigten zu vertreten allein in der Lage ist. In nächster Zeit wird es auch in Leipzig zu einer Gründung einer solchen Ortsgruppe des Bundes kommen. Deshalb empfiehlt Ihnen heute der Ruf an alle Kriegsbefähigten für den „Bund der Kriegsbefähigten“ und ehemaligen Kriegsteilnehmer zu agitieren!

## Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Salle, 17. Januar 1918.

**Neueröffnung eines Kreisballspielplatzes.** Der preussische Staat hat 15 neue Kreisballspielplätze vor, darunter auch einer für Halle-Land und Göttern.

**Bestrafung eines Mannes.** In der Frage der Trübsal wurde ein 27-jähriger Mann als Strafe aus dem Wasser gezogen und nach dem Gerichten verurteilt. Der Loter, der etwa drei Monate im Wasser gelegen haben mag, hat nach dem vorgegangenen Umständen Selbstmord verübt.

**Feiern der Kriegsbefähigten.** In der Nacht zum Mittwoch wurde in der Großen Steinstraße eine Schaufensterschau getrimmt und für 1000 M. Weigarnen geschloßen.

**Spezialtheater.** Am Sonntag findet durch das Stadttheaterpersonal eine Aufführung des Opernführers Schwanke „Sohnmarkt“ in Hahnau in Walter Garten statt.

**Das Göttern-Koncert am Sonnabend im Stadttheater** bringt die Symphonie Nr. 3 (C-moll) von Beethoven und die Konzerte: Lob und Verkündigung von Richard Strauss durch das Orchester. Der berühmte Solist Konrad Ungerer spielt die Sonate in A-Moll (Appassionata) von Beethoven und das 2. Konzert von Elgar.

## Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

**Spezialverkauf.** Auf Abchnitt E der besonderen grünen Warenbelegkarte für Kinder bis zu 12 Jahren jede Person ein Paket zum Preise von 15 Pf. Freitag, vorm. von 9/11-12 Uhr auf Nr. 59 501-59 500, nachmittags 2-6 Uhr Nr. 59 501 bis 70 000 der Lebensmitteltheke in der Talamtschule.

## Bekanntmachung

### betr. die Gültigkeit der Saatarten über Sommerfaatgetreide.

Der Herr Staatssekretär des Reichsernährungsamts hat durch Verordnung vom 22. Dezember 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 1124) die Befugnis der Kommunalverbände, den Gemeinden die Erlaubnis zur Ausstellung von Saatarten zu erteilen, aufgehoben und die Gültigkeit der Saatarten davon abhängig gemacht, daß sie von der höheren Verwaltungsbehörde mit Prüfungs- und Stempelvermerk versehen werden. Demgemäß sind die in meinem Geschäftsbereich bereits ausgestellten Saatarten über Sommerfaatgetreide, deren Befreiung vom 1. Januar 1918 an aufhört, zur Prüfung usw. anersichtlich an mich einzureichen.

Melzeburg, den 7. Januar 1918.  
Der Regierungs-Präsident.

## Bekanntmachung.

**Betrifft die Gemeinde-Einkommensteuer-Veranlagung derjenigen Gewerbetreibenden, Bergbau- und Eisenbahn-Unternehmer, bzw. Erwerbsgesellschaften, deren Unternehmen sich außer auf Halle noch über andere Gemeinden erstreckt.** Zum Zwecke der Verteilung des der Gemeinde-Einkommensteuer unterliegenden Einkommens aus den oben bezeichneten Unternehmungen für das Jahr 1918 werden die beteiligten Unternehmer bzw. Gesellschaftsvorstände gemäß § 20 der Einkommensteuerverordnung vom 4. März 1895 hierdurch aufgefordert, spätestens bis zum 16. Februar 1918 einen Verteilungsplan bei uns einzureichen.

Dieser Plan muß nach den Bestimmungen der §§ 47 und 48 bzw. 48 a des Kommunal-Abgaben-Gesetzes enthalten und zwar in folgender Darstellung:

- a) bei Verleihen, Bank- und Kreditgeschäften die erledigten Bruttoentnahmen,
  - b) in allen übrigen Fällen die erwachsenen Ausgaben an Gehältern und Löhnen (einschließlich Lantien des Verwaltungs- und Betriebspersonals).
- Außerdem sind die Gehaltsberichte, Jahresabschlüsse, sowie die entsprechenden Beschlüsse der Generalversammlungen für die in Betracht kommenden Wirtschaftsjahre beizufügen.

Salle, am 12. Januar 1918.  
Der Magistrat.

## Preiswerte

### Damen-Kleidung

Kostüme □ Blusen □ Röcke □ Mäntel □ Kleider □

finden Sie in schöner großer Auswahl in allen 473) Preislagen in unserem Kaufhaus

**Damenhüte**, garniert und ungarnt, in kleidsamen Formen.

**H. Elkan, Leipziger Str. 87.**

## Halle'scher

### Hausfrauenbund (E. V.)

Nathausstr. 171 - Geöffnet täglich von 10-12 Uhr

### Rochsifen-Verkauf

(Stück von 6.50 M. an)

### und Beratung

Verkauf von Petrolesum-Öl-Lampfen zum Preise von 1/2 Stück, das Stück.

Anleitung zur Herstellung von Hausfrauen. Unterrichtsabend 1. März, für Mitglieder 30 Pf.

## 3 Könige

Varietee / Kl. Klaustr. 7

Das neue glänzende Programm! Jede Nummer ein Schlager!

## Wollene Kleiderstoffe

- |              |  |                  |
|--------------|--|------------------|
| Kostümfabrik | grün meliert und gestreift, 130 cm breit . . . . . | 16 <sup>50</sup> |
| Kostümfabrik | braun meliert, 130 cm breit . . . . .              | 19 <sup>50</sup> |
| Kostümfabrik | grün meliert, 130 cm breit . . . . .               | 23 <sup>50</sup> |
| Blusen-Seide | moderne Schotten . . . . .                         | 5 <sup>25</sup>  |

## Strümpfe

- |                    |                                    |                 |
|--------------------|------------------------------------|-----------------|
| Damen-Strümpfe     | schwarz und braun, alle Preislagen | [490]           |
| Kinder-Strümpfe    | alle Größen, noch sehr preiswert   |                 |
| Herrn-Socken       | 3.75 3.25                          | 2 <sup>75</sup> |
| Herrn-Socken       | 1.00                               | 1 <sup>50</sup> |
| Knaben-Mützen      | feldgrau . . . . .                 | 75 Pf.          |
| Südwester          | feldgrau . . . . .                 | 75 Pf.          |
| Erstlings-Jäckchen | 1.25 1.00                          | 85 Pf.          |
| Sticker-Einsätze   | 1.00 . . . . . Meter 30 15         | 10 Pf.          |

## M. Schneider

Inh.: Johannes Hagenow

Leipziger Str. 94 Halle a. S. Leipziger Str. 94

## Handschuhe

große Auswahl

: Gegr. 1853: F. C. Siebert Fernruf 2363.  
Untere Leipziger Straße 9, gegenüber der Kirche.

Arbeiter, abonniert die Volksstimme!

## Halle'scher Hausfrauenbund.

Anleitung zur Herstellung von Hausschuhen.

Für Mitglieder 50 Pf. für Nichtmitglieder 1 M.

Anmeldungen dazu wochentags täglich 10-12 und nachmittags 4-6 Uhr (außer Sonnabenden).

Bureau des Halle'schen Hausfrauenbundes, Gr. Steinstraße 18.

94) Der Vorstand.

## Dr. Ed. Davidma.

Wer trägt die Schuld am Kriege?

Diese Frage hat General Edward David in einer dem „Vollständigen Handbuche der Geschichte“ in München am 8. Juni 1917 erschienenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter dem Titel „Die Schuld am Kriege“ in unserer Zeitung im Druck erschienen. Das Buch ist sehr interessant und liefert die unparteiischsten Urteile über die Schuld am Kriege. Die Verteilung des Buches ist durch den Verlag für Deutschland - Der Buchverlag für Halle - zu beschaffen. Der Preis beträgt 1.- M.

In bester Ausführung durch die Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 87

## Geschäftsführer

mit guten Zeugnissen gesucht. [948] **Schönmann & Schwarz,** Turmstraße 5.

## Volks-Bildungsverein

zu Halle.

18. 1. 8 abds: „Erstes u. Letztes aus deutscher Dichtung“ v. Vortragssängerin D. D. Schiller-Palle. Mitgl. 10 Pf. Halle 60 Pf. Boro., 75 Pf. Abend.

7. 2. 7 abds: Wagner-Opern-Abend (Witt). Stadttheateroperntafel. Mitgl. 20 Pf. Halle 80 Pf. Boro., 1 M. Abend. [492]

„Was ist unser Kriege der Menschheitskultur?“

Herr Dr. Paul-Weigand's

11. öffentlicher Winter-Vortrag

des Volkswirtschaftlichen Vereins Sachsen-Anhalt, Ortsgruppe Halle.

Freitag, den 18. Januar, pünktlich 8/11 Uhr im St. Nikolaus, Nikolaistr. Freie Ausprache. [491]

Ein Volksfest

Schaupiel von Jölen. Sonntagabend nachm. 7 Uhr.

Freiabend, abends: Sinfoniekonzert. (Solist: Konrad Ungerer.)

Freitag, den 18. Januar abends 7.30 Uhr: [493]

Jahrmärkte in Pulsitz. Schwan v. Walter Hartman.

Gute Schlafstellen

für Schlafsuchende sind zu haben an der Halleschen-Unterstadtstraße 14 der

Freie Ausprache. [491]

Freitag, den 18. Januar, pünktlich 8/11 Uhr im St. Nikolaus, Nikolaistr. Freie Ausprache. [491]



# Beilage zur Volksstimme.

Nr. 14.

Halle, Donnerstag den 17. Januar 1918.

2. Jahrgang.

## Halle und Saalkreis.

Halle, 17. Januar 1918.

### Vaterlandspartei und Kriegsgewinnler.

Es ist bekanntlich aus ein Trieb der Vaterlandspartei, die Gegner eines Weltfriedens als — „Freund des internationalen Großkapitals“ zu bezeichnen! Die Vaterlandspartei hoffen durch die streupollose Ungeniertheit dieser Anspielung zu verblüffen. Die Frankfurter Zeitung antwortet nun auf die ungemein verwegene Behauptung, sie sei ein Blatt der „Sauptkriegsgewinnler“, mit einer sehr lehrreichten Zusammenstellung der Kriegsgewinne von 37 schwerindustriellen Aktiengesellschaften.

Das Frankfurter Blatt hat sorgfältig gerade solche Gesellschaften ausgesucht, in deren Leitungen als Verwaltungs- oder Aufsichtsräte oder als Direktoren überwiegend solche Persönlichkeiten sáben, deren Namen als *Sauptkriegsgewinnler* bekannt sind. Stellt man die Namen der Sauptkapitalisten und Leiter dieser 37 Bergwerks- und Hüttenunternehmungen, Eisen- und Stahlwerke zusammen, so hat man auch die Hauptagitatoren für große Gebietsvergrößerungen im Osten und Westen, die dringlichsten Bspürworter der dauernden Okkupation Belgiens, der französischen Erzgabiete, des nordbrabantischen Kohlenfeldes gegenüber England, und was dergleichen Eroberungslüste mehr sind. Man hat dann auch die Namen der Leute vor sich, die selbst oder durch Beauftragte immer noch — nach 3 1/2 Jahren Krieg! — vor einem „vorzeitigen Frieden“ warnen, „um Durchfalls bis zum äußersten“ reden und verüßern, „zu jedem Opfer“ bereit zu sein.

Wir geben nachstehend die Endziffern der Kriegsgewinn-Zusammenstellungen in der Frankfurter Zeitung wieder, zum Vergleich auch die auf das letzte Friedensjahr bezüglichen Angaben:

	1913	1916
Abschreibungen und Aufstellungen, vor Kriegsgewinn	181,37	349,09
Reingewinn (siehe Vortrag)	303,47	333,47
Darüber Bonus usw.	136,86	229,25
Aufstellungen aus Gewinn	56,11	101,36

Diese gewaltigen Kriegsgewinne sind äußerst charakteristisch für unsere Kriegswirtschaft. Eine relativ kleine Zahl von großindustriellen Werken erobert ihre an und für sich schon hohen Betriebsüberschüsse während des Krieges in einem folgerichtigen Ausmaß, die Sauptvertreter dieser Großindustrie aber begeuern in einem fort, sie seien „zu jedem Opfer bereit“, es dürfe kein „vorzeitiger Frieden“ nach über 3 1/2 Jahren Krieg! — geschlossen werden. Die Bestürmung eines Verständigungsfriedens, die auf die katastrophalen Folgen einer noch längeren Kriegführung, auf die ungeheuren materiellen Entbehrungen und seelischen Leiden der Volksmassen weitestmöglich Bedacht nehmen, werden von den Organen der Sauptkriegsgewinnler nicht nur der „Blamandade“, der „weißlichen Verwendlichkeit“, sondern auch ziemlich unerbittlich des heimlichen Einverständnisses mit Deutschlands Feinden bestraft! Diese Leute, die mit den schmerzlichen Anknüpfungen auch gegen die Reichstagsmehrheit und die Regierung vorgehen, diese „zu jedem Opfer Bereiteten“ (sicher die gewaltigen Kriegsgewinnler!) benehmen die vaterländische Gesinnung nachdrücklich nach der Zahl der eingenommenen großindustriellen Verwaltungs- und Aufsichtsratsstellen. Je höher die Tantiemen und Gehälter „opfer“, desto größer die „vaterländische“ Vertrauenswürdig-

keit. Das deutsche Volk besteht aber in seiner Mehrzahl nicht aus rüstungsindustriellen Interessenten oder Kriegsgewinnlern, sondern aus Menschen, denen der Krieg eine fürchterliche Notlage gebracht hat.

Wären die Maßgebenden in der Vaterlandspartei wirklich bereit, „jedes Opfer für das Vaterland zu bringen“, dann müßten sie zunächst einmal auf ihre gewaltigen Kriegsgewinne verzichten! Daß sie nicht daran denken, vielmehr noch nach höheren Gewinnen auf Kosten des Vaterlandes trachten, lehrt uns jeder Tag. Wenn der hochnationalistische Lang um das goldene Raß den Gewinngründen nicht das Gefühl für die wahren Empfindungen der darübenden Volksmassen geraubt hätte, dann würden sich vorzuziehen die leidenschaftlichen Töner einer bescheidenen Zurückhaltung bei der Aufstellung ihrer kriegsberlängernden Eroberungslüste befähigen. Aber auf die unprofitable Fier der Bescheidenheit wird dort gern verzichtet. Darum muß das wirkliche Volk den Kriegsgewinnlern deutlich sagen, daß es den Krieg um Eroberungen willen nicht ertragen will.

### „Bismardisch“ reden!

Die „Deutsch-Konfessionellen“ steuern mit immer größerer Offenheit auf einen scharfen Kurs gegen die Sozialdemokratie los und versuchen, dafür auch die Regierung einzufangen. Das tut denn auch die allezeit unentwegte halbesche Zeitung richtig mit, ja, sie versucht darin noch eine Zielvorgabe zu liefern. Wie weit das geht, dafür nur einige Beispiele aus den letzten Tagen.

In einem Artikel über die Behandlung der preußigen Wählerrechtsvorlage in der hierfür eingesetzten Kommission lobte sie alle reaktionären Parteien, die dabei offen Verschleppungspläne treiben, über das Schicksal und Schmale um so mehr auf die Linke, die solche unverantwortlichen Mäander beim richtigen Namen nannte. Dabei las sie denn auch der angeblich reformfertigen Regierung folgenberehmen die Seiten.

Um so vernehmlicher ergeht es uns, daß die Regierung durch ihre Hauptvertreter im Ausschuß, den Abgeordneten des Staatsministeriums Dr. Friedberg und den Minister des Innern Dr. Drens, den Wähligen und Förderern der Demokraten und Sozialdemokraten in einer Weise in die Hände arbeitet, die wir nur als überaus bedenklich und gefährlich bezeichnen können. Das Argumentieren mit der Notwendigkeit der Bewährung des gleichen Stimmrechts wegen der Leistungen der unheimlichen Klassen während des Krieges ist eine ungeschickteste Opportunitätslist und das sorgfältige Herausstellen der Krone durch den wiederholten Hinweis auf die künftigen Wohlhaben in der vermittelten Deutungsbereich für die politischen Fehler der vergangenen Regierung. Als gerade erlaubt und auf's höchste zu begehren müßten wir es aber betrachten, daß der Ausschuß des Staatsministeriums aus einem einzigen Seelern der Wählerrechtsvorlage eine „außerordentliche Schwächung des Stimmrechts der breiten Massen“ folgert. Der Ausdruck einer solchen Verächtlichkeit steht für uns nahezu auf der gleichen Stufe, wie die bekannten Drohungen Scheidemanns für den Fall einer Ablehnung des gleichen Wählerrechts. Wenn wir solchen Ausführungen vorübergehen, ein Druck auf das Abgeordnetenhaus geplant sein sollte, so dürfte sich die Regierung grüßlich verrechnen. Uneres Erachtens hat der Beginn der Wählerrechtsverhandlungen im Ausschuß und die Aufnahme, die diesen Verhandlungen von der Demokratie und Sozialdemokratie bezeugt worden ist, erst recht die Notwendigkeit einer einheitlichen und gemäßigteren Prüfung der Vorlagen ergeben.

In was macht denn aber auch die Regierung solche Gefährdungen? Kann sie denn gar nicht einsehen, daß die breiten Massen schließlich als Kanakle zu betrachten sind, die man braucht, wie man will, denen man aber doch um Himmelswillen keine neuen Rechte gibt.

Noch deutlicher jedoch wurde diese leitende Aufsicht im Streit in einem Artikel, den sie den Verhandlungen in Reuß-Blomont widmete. Darin erklärte sie sich vor allem erneut über das Verhalten des General Hoffmann, der zu den Toten und Gefessenen in Bismardisch-Deutsch gesprochen und das Lebelgeheiß ihres Dünkels mit den süßsten Worten gestiftet habe: „Das feigliche deutsche Meer steht in Ihrem mit knirschenden Zähnen: „Nur, der Du bist! Nicht aufreden, mir die Stols und die Rubens auf den Hals zu jagen, bildest! Du Dir ein, ich hätte Lust, die Volks aus dem Dred zu ziehen, um der schönen Augen der Tochter willen, die ich ja recht angestrent haben muß, um Dich zu begeistern!“ „Aber ich liebe sie doch“, stotterte Edgar.

„Dann kommst Du mit mir machen, was Du willst, aber heiraten niemals! Niemand!“ Er hätte seine Fäuste und schämte vor Wit. Edgar wartete, bis sich das Gewitter verzoogen habe.

„Weißt Du, was es legen wird, wenn Du mich noch einmal mit diesem unheimlichen Plan kommst?“ fragte er drohend und trat auf ihn zu. „Ein Tritt ins Gefäß!“ brüllte er noch lauter. Vorläufig aber er Der einen Tritt, daß sie in den Augen trübe, warf sie höhnisch aus, rannte hinaus, durchstürmte den Hof in großen Schüben und enterte sich durch die Einfahrtstür. Draußen vor der Tür prallte er fast mit dem Schneider Rubens, dem Vater der Selina, zusammen. Rubens war ein kleiner, schmachtiger, lebend aussehender Mann. Er sah ob und zu ein bißchen tief ins Glas, wenn es gerade einmal seine Gefährte erlaubten, was sibirischen höchst selten der Fall war. Er hatte unermüderliche Gläubiger, die ihm jede unmitte Ausgabe als Schädigung ihres Vermögens vorwarfen. Deshalb sah er auch den stillen Sufz vor.

Zur Stunde ging es ihm glänzend, das hat am Tod des Notars. Er hatte eine Menge Gemeinheitsgelder veranlaßt, ihre Trauergebunden nachsehen und ausbessern, wo nicht gar etwas anfertigen zu lassen. Rubens hatte zwei Töne und zwei Häute geerbetet und damit seiner Klasse wunderbar aufgeschritten. Was Wunder, daß das Glück besessen werden mußte. So war denn der gute Mann etwas angefaßelt, als er Roels vertraulich befragte: „Guten Tag, Gewatter!“ „Gewatter?“ fragte Roels verblüfft.

„Gewatt, Gewatter!“ und hoffentlich auf immer!“ erwiderte der kleine Mann unverzüglich, „da Dein Sohn meine Tochter geschwänget hat, nehme ich an, daß er sie heiraten wird, denn es ist nicht mehr wie recht und billig. Donn sind wir Verwandte und ich kann Dich Gewatter nennen.“

Roels große Wit legte sich mit einem Schläge. Mit jener praktischen Berrnnt und Verhältnissen, die jeden noch so dummen Bauern auszeichnet, begriff er sofort, daß eine so günstige Gelegenheit wie der jetzige Zustand Rubens zur Erledigung der Angelegenheit vielleicht nicht mehr wiederkommen würde. Rubens war schließlich nicht jeden Tag angeheißert. Also hieß es handeln.

Gebitt!“ So etwas mögte die halbesche Zeitung auch einmal gegenüber der Sozialdemokratie getan haben, denn am Ende lag sie:

Durch ganz Deutschland ging ein Aufsturm, als es von dieser Wendung herte. Nur Berliner Logebit und Demwärts hab verstimmt. Mäße unre Reglerung auch ihnen gegenwärtig dieselbe Sprache finden, die General Hoffmann in Dred-Blomont gefunden hat!

„Bismardisch“ soll also auf der Sozialdemokratie, mit dem ganzen deutschen Volke geredet werden. Das heißt, die Regierung soll doch nun endlich einmal auf das alte Bismardische Rezept der scharfen Verfolgung alles dessen zurückgreifen, was nicht nach der Konventionen bereit ist. So will es die halbesche Zeitung, so wollen es die Konventionen, wollen es überhaupt alle diejenigen Leute, die sich gegenwärtig am überparteilichsten erheben. Da die Regierung so fürchtlich sein will, darauf eingehen, bleibt abzuwarten. Aber alle diese tonerlosiven Herrschaften mögen sich hüten, den Bogen allzu straff zu spannen. Es könnte sein, daß er bricht und dann alle Reaktionen rüstlosig für immer über den Saufen wirft!

Der Provinziallandtag findet am 5. Mai in Merseburg statt, wie eine Bekanntmachung im Reichs- und Staatsanzeiger heißt.

Die Meldepflicht des ungeschiedenen Camibierens. Von der Zivil-Eingetragenen für den Stadtrats Halle wird erneut darauf hingewiesen, daß die ungeschiedenen Landturnpflichtigen gegenwärtig den militärischen Melde- und Kontrollvorschriften unterliegen und demnach verpflichtet sind, jede Wohnungsveränderung anzugeben, insbesondere beim Wechsel des Aufenthaltsortes sich am bisherigen Aufenthaltsort von der Landturnkontrolle ab- und im neuen Aufenthaltsort zu dieser sofort wieder anzumelden. Hieron werden auch diejenigen Verpflichtigten betroffen, die als dauernd dienstunbrauchbar ausgemerkelt worden waren, sich aber auf Grund des Gelethes vom 4. September 1915 erneut melden mußten. Die noch nicht gemeldeten, insbesondere beim Wechsel der Kriegsgewinnungen nicht ausgegeben, sondern zurückgestellt worden sind (Entlassung; zeitig antaucht, zeitig eintrab; oder arbeitserwerbungsunfähig), haben die Meldungen im Stadthause Schmeerstraße 111 L, Zimmer 18, zu bewirken, für die Verlegung, die bei den Meldungen ausgegeben worden sind (Entlassung; Kriegserwerbungsunfähig, dauernd oder zeitig arbeitsverweigerungsunfähig oder arbeitserwerbungsunfähig) ist das königliche Bezirkskommando, Postfach Straße Nr. 69, die zuständigen Dienststellen heranzuziehen. Unterlassung der Meldung hat Bestrafung nach den Militärstrafgesetzen zur Folge.

Familienunterstützungen für Kriegserkrankte Frauen. Die unmittelbar nach der Beschließung unterstützungsbedürftig werden, sind nach einem neueren Erlass des Ministers des Innern von demjenigen Vätererwerbungsstand zu zahlen, in dem die Ehefrau vor der Erkrankung ihren gewöhnlichen Aufenthalt gehabt hat. Ist die Unterstützungsberechtigte Kriegserkrankte, so werden auch dann nach der Beschließung eingetretten, so richtet sich die Unterstützung der Vätererwerbungsstand nach dem dergleichen gewöhnlichen Aufenthalt der Frauen. Vorbehaltlich Kindern oder Kindern der Ehe, die von Kriegserkrankten Ehefrauen sind in die Ehe getreten, werden die Familienunterstützungen für die Ehefrau nicht bewilligt, wenn die Familienunterstützung gewährt werden, wenn der Ehefrau nicht über diese Hilfe nicht gelangt hat. In diesen Fällen kann ohne besondere Beschließung angenommen werden, daß der Ehefrau in Zukunft sie für sorgen will, und daß das Unterstützungsbetrag mit der Beschließung und erst nach seinem Dienstverhältnis herangezogen ist. Sowie die Kinder in diesen Fällen vor der Familienunterstützung erhalten oder die rechtliche Stellung ehelicher Kinder nicht erlangt, so ist eine Familienunterstützung nicht anzunehmen, vielmehr ist der bisher bewilligte Vätererwerbungsstand auch weiterhin für die Unterstützungsbetrag zu berücksichtigen, wenn sie gültig bleibt, selbst wenn die Kinder sich jetzt im Haushalt der Mutter befinden.

Die vertriebenen Familienunterstützungen in den einzelnen Städten. Dürft kann man die Meinung hören, daß in einzelnen Städten die Menge der zur Verteilung kommenden Abzugsmittel größer ist als in anderen. Diese Behauptung ist durchaus nicht falsch, und zwar erklärt sich die unterschiedliche Behandlung bei Verteilung auf folgende Weise. Das Vertriebenenunterstützung verteilt die Anzahl, daß je größer eine Stadt ist und je mehr Industrie sie hat, je sich um so schwerer mit Abzugsmitteln selbst versorgen kann. Aus diesem Gesichtspunkte heraus hat das Kriegserwerbungsamt einen Verteilungsschlüssel aufgestellt und danach die Städte in Klassen eingeteilt. Städte mit vorwiegend Industriebezug erhalten dann eine höhere Abzugsmittel von Abzugsmitteln. Der Kommunalverband und die einzelne Gemeinde kann

## Bisette.

14) Eine häßliche Dorgeschichte.  
Von O. Bisette.

Deutsche Uebersetzung von Hermine Schmitt-Dahse.

Er raffelte die ganze Reihe der reichen Erbinen der Wegend herunter, aber bei jedem Namen schüttelte Edgar benehmend den Kopf. Am Schluß seiner Redezeit angekommen, blühte Roels seinen Sohn fragend an. Aber der junge Mann hatte den Kopf gesenkt und sagte nichts.

„Also so jagst doch endlich, wer es ist und ob sie Deiner würdig ist.“

„Nun, dem ländlichen Gesichtspunkt war sie feiner allerdings nicht würdig. Hier floss ein großer Geldsack einem Kloppladl gegenüber. Alles übrige, Schönheit, Gesundheit, gute Eigenschaften, alles das war Nebenache und Vater Roels wußte zu rechnen, ihm konnte man nichts vormachen.“

„Wo also?“

„In die Enge getrieben, stammelte Edgar in größter Verwirrung „Bisette Roel!“

„Vor Verführung entfiel Roels sein Pfeifenkopf, so daß er von den Fingern hoch aufsprang. Hatte er recht gehört oder wollte ihm sein Sohn als Strafe für seine strenge Verurteilung ein Schoberrand bieten? Nein, so schien er gar nicht auszugehen. Er blieb sitzen wie ein Stein, mit starrten Augen und starrten Händen, wie ein Angestellter vor Gericht. Aber Roels war außer sich. Das ging denn doch über das Normale. Um sich zu vergewissern, ob er recht gehört habe, fragte er noch einmal: „Hast Du wirklich gesagt Bisette Roel?“

„Ja.“

„Die Du zur Frau willst?“

„Ja.“

mit knirschenden Zähnen: „Nur, der Du bist! Nicht aufreden, mir die Stols und die Rubens auf den Hals zu jagen, bildest! Du Dir ein, ich hätte Lust, die Volks aus dem Dred zu ziehen, um der schönen Augen der Tochter willen, die ich ja recht angestrent haben muß, um Dich zu begeistern!“

„Aber ich liebe sie doch“, stotterte Edgar.

„Dann kommst Du mit mir machen, was Du willst, aber heiraten niemals! Niemand!“ Er hätte seine Fäuste und schämte vor Wit. Edgar wartete, bis sich das Gewitter verzoogen habe.

„Weißt Du, was es legen wird, wenn Du mich noch einmal mit diesem unheimlichen Plan kommst?“ fragte er drohend und trat auf ihn zu. „Ein Tritt ins Gefäß!“ brüllte er noch lauter. Vorläufig aber er Der einen Tritt, daß sie in den Augen trübe, warf sie höhnisch aus, rannte hinaus, durchstürmte den Hof in großen Schüben und enterte sich durch die Einfahrtstür. Draußen vor der Tür prallte er fast mit dem Schneider Rubens, dem Vater der Selina, zusammen. Rubens war ein kleiner, schmachtiger, lebend aussehender Mann. Er sah ob und zu ein bißchen tief ins Glas, wenn es gerade einmal seine Gefährte erlaubten, was sibirischen höchst selten der Fall war. Er hatte unermüderliche Gläubiger, die ihm jede unmitte Ausgabe als Schädigung ihres Vermögens vorwarfen. Deshalb sah er auch den stillen Sufz vor.

Zur Stunde ging es ihm glänzend, das hat am Tod des Notars. Er hatte eine Menge Gemeinheitsgelder veranlaßt, ihre Trauergebunden nachsehen und ausbessern, wo nicht gar etwas anfertigen zu lassen. Rubens hatte zwei Töne und zwei Häute geerbetet und damit seiner Klasse wunderbar aufgeschritten. Was Wunder, daß das Glück besessen werden mußte. So war denn der gute Mann etwas angefaßelt, als er Roels vertraulich befragte: „Guten Tag, Gewatter!“

„Gewatt, Gewatter!“ und hoffentlich auf immer!“ erwiderte der kleine Mann unverzüglich, „da Dein Sohn meine Tochter geschwänget hat, nehme ich an, daß er sie heiraten wird, denn es ist nicht mehr wie recht und billig. Donn sind wir Verwandte und ich kann Dich Gewatter nennen.“

Roels große Wit legte sich mit einem Schläge. Mit jener praktischen Berrnnt und Verhältnissen, die jeden noch so dummen Bauern auszeichnet, begriff er sofort, daß eine so günstige Gelegenheit wie der jetzige Zustand Rubens zur Erledigung der Angelegenheit vielleicht nicht mehr wiederkommen würde. Rubens war schließlich nicht jeden Tag angeheißert. Also hieß es handeln.

„Wein quer Junge“, jagte er und schlug ihn auf die Schulter, „wir werden das sofort erledigen.“

Und da die Straße Öhren bot und für solche Angelegenheiten ein recht unpassender Ort ist, nahm er den „Gewatter“ auf seinen Hof und führte ihn in einen kleinen Raum, den man Geschäftszimmer nennen konnte, in dem nur vier ideohliche Stühle hingen, die die vier Jahreszeiten darstellten. Rubens ließ sich gern einladen, sich im Reichtum des Söhneren niederzulassen. Einem kleinen Schränkchen, dessen Glas Rubens wie eine himmlische Väterzeichnung zu leuchten schien, entnahm Roels sofort eine Flasche Rotwein, zwei Gläser, eine kleine Zigarrten und setzte sie auf den Tisch, auf dem noch ein Schreibzeug stand.

Sie nun erklärte Roels mit einem großen Aufwand von Berrnntgründen, untermicht vom langen Vätererwerb, dem Schneider, daß weder er noch seine Tochter die geringste Andeutung eines Beweises hätten, daß Edgar schuldig sei. Und wenn der Vater oder die Tochter sich einfallen ließen, Edgar als den Vater des Kindes zu bezeichnen, der Verbreiter solcher Nachreden mit dem Gewicht ein Sühndens zu ruhen bekäme. Und Roels ergab ein altes vertrautes Gelehdich mit großen Gelehdern und las sofort Rubens den Artikel vor, nicht ohne zwei Jahre Gefängnis der tatsächlich angedrohten Strafe beizufügen. Nummerhin zeigte er sich leuchtlich und verbindlich, wenn man Rubens einen Schein, den er selbst verfaßten wollte, unterzeichnen wollte, so würde er ihm im Frühjahr, falls die Geschichte verborgen bleibe, sein Süßkäsen in wunderlohen roten Pfeifentee neu aufbauen lassen.

Der verdubte Rubens wollte seinen Öhren nicht trauen. Was, seine Tochter und er, die nicht das geringste Recht hatten, im Gegenteil, sich eine höhere Strafe auf den Hals lassen konnten, sollten ein neues Gaus erhalten, ein neues Gaus, das ihm allein geblieben würde, ein Gaus mit hochaltruden Bielen. Rubens glaubte bereits seine Turlettauben auf dem Dache girren zu hören. Fein! Wie recht hätte doch seine Tochter gehabt, sich ins Unglück führen zu lassen! In dem Falle konnte man sich das ja gefallen lassen.

Sichtlich bewegt vermaß er, wie es seinem unebneten Zustand entsprach, eine heiße Träne der Dankbarkeit und Freude und unterließ sich abweim.

Was das Väter enthielt, hat man nie erfahren. Aber Edgar war der Sache los und ledig.

Wenigstens vorläufig.

(Fortsetzung folgt.)



